

Christine Lagarde

## IWF-Chefin sagt höhere Griechenland-Hilfen zu

**Gute Nachrichten für Europas Steuerzahler: Der Internationale Währungsfonds will sich nun doch mit einem größeren Anteil am zweiten Rettungspaket für Griechenland beteiligen. Statt 23 sollen 28 Milliarden Euro bereitstehen. Der Beitrag der Euro-Staaten würde dadurch sinken.**

Washington - Der Schuldenschnitt ist beschlossen, nun nimmt auch das zweite Hilfspaket für Griechenland Formen an. Nachdem am Freitag bereits die Euro-Finanzminister einen Teil der insgesamt 130 Milliarden abgesegnet hatten, kündigte der Internationale Währungsfonds (IWF) an, sich nun doch mit einem höheren Beitrag zu beteiligen als bisher angepeilt.

IWF-Chefin **Christine Lagarde** sagte, sie werde ihrem Direktorium einen Kredit über 28 Milliarden Euro vorschlagen. Zehn Milliarden Euro davon waren allerdings aus dem ersten Hilfspaket für Griechenland übriggeblieben und sind deshalb kein neues Geld. Im Kern geht es also um 18 Milliarden Euro. Der Beitrag der Euro-Staaten am Rettungspaket würde dadurch sinken.

Das IWF-Direktorium soll nächste Woche über die Beteiligung des Fonds am zweiten Griechenland-Paket beraten. Bisher hatte Lagarde gedroht, dem Gremium **nur einen Beitrag von 23 Milliarden Euro vorzuschlagen**. Grund war auch ihre Verärgerung über die ablehnende deutsche Haltung zum dauerhaften Rettungsschirm ESM, der im Juli starten und mit Kapital und Garantien von insgesamt 500 Milliarden Euro ausgestattet werden soll.

Lagarde verlangt, die Summe aufzustocken, zum Beispiel indem man die übrig gebliebenen Garantien aus dem auslaufenden Rettungsfonds EFSF zum ESM addiert. Das wären rund 240 Milliarden Euro zusätzlich.

Die Bundesregierung hatte sich allerdings lange strikt geweigert, einer solchen Lösung zuzustimmen, weil sich dadurch auch die deutsche Haftungssumme von bisher 211 Milliarden Euro erhöhen würde. Vor dem EU-Gipfel Anfang März hatte Kanzlerin **Angela Merkel** allerdings signalisiert, **zumindest teilweise auf die Forderungen des IWF und der übrigen Euro-Länder eingehen zu wollen**. Eine endgültige Entscheidung soll im Laufe des Monats fallen.

### Die Kreditausfallversicherungen werden fällig

Der von Lagarde nun in Aussicht gestellte IWF-Kredit soll eine Laufzeit von vier Jahren haben, ein Jahr länger als bei ähnlichen IWF-Programmen üblich. Lagarde begründete ihren Vorschlag mit den langfristigen Herausforderungen, vor die Griechenland gestellt sei, sowie den hohen Rettungsbeiträgen der privaten Gläubiger und der Euro-Staaten.

Die Euro-Finanzminister hatten am Freitag **einen Teil des 130-Milliarden-Hilfspakets für das krisengeschüttelte Land freigegeben**. Bei einer Telefonkonferenz einigten sie sich darauf, dass 30 Milliarden Euro zur Unterstützung des Schuldenschnitts plus 5,5 Milliarden Euro für die Begleichung aufgelaufener Zinsen nun bereit stehen. Grünes Licht für das komplette Paket soll Anfang nächster Woche bei einem Ministertreffen in Brüssel gegeben werden.

Am Freitagmorgen hatte die griechische Regierung gemeldet, dass sich knapp **86 Prozent der privaten Gläubiger am Schuldenschnitt für das Land beteiligt haben**. Den Rest will sie über nachträglich hinzugefügte Klauseln in den Anleiheverträgen zur Teilnahme zwingen.

Durch den Zwang werden sogenannte Kreditausfallversicherungen (CDS) fällig, mit denen sich Besitzer von Staatsanleihen gegen einen Zahlungsausfall Griechenlands abgesichert haben. Der für die CDS zuständige Branchenverband ISDA entschied am Freitag, den **erzwungenen Schuldenschnitt als eben solchen Zahlungsausfall zu werten**.

Die Entscheidung des Verbands ist von großer Bedeutung, weil die Kreditausfallversicherungen die letzte große **Finanzkrise** im Herbst 2008 noch verstärkt hatten. Nachdem CDS-Papiere bei der Pleite der US-Investmentbank **Lehman Brothers** zu einem kolossalen Dominoeffekt und zur Beinah-Pleite des großen US-Versicherers **AIG** geführt hatten, sind ihre Auswirkungen gefürchtet.

Im Fall Griechenlands haben Experten jedoch bereits weitgehend Entwarnung geben: Schätzungen zufolge geht es bei diesem Markt um ein Bruttovolumen von rund 70 Milliarden Dollar. Da aber viele Investoren

zugleich CDS gekauft und verkauft haben, blieben unterm Strich bloß Belastungen von etwas mehr als drei Milliarden Dollar oder 2,6 Milliarden Euro.

*stk/Reuters/dapd/dpa*

**URL:**

<http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/0,1518,820485,00.html>

**MEHR AUF SPIEGEL ONLINE:**

**Versicherungen für Kreditausfälle: Zahltag nach dem Griechen-Deal (09.03.2012)**

<http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/0,1518,820470,00.html>

**Neue Anleihen und Bargeld: So funktioniert der Schuldenschnitt (09.03.2012)**

<http://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/0,1518,820326,00.html>

**Schuldenschnitt für Griechenland: Euro-Finanzminister geben Hilfspaket teilweise frei (09.03.2012)**

<http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/0,1518,820366,00.html>

**Schuldenschnitt in Griechenland: "Für die Steuerzahler wird das eine Katastrophe" (09.03.2012)**

<http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/0,1518,820255,00.html>

**Griechenlands Anleihentausch: Schuldenmeister gegen Meisterzocker (09.03.2012)**

<http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/0,1518,820337,00.html>

**85,8 Prozent Beteiligung: Griechenland glückt die Umschuldung (09.03.2012)**

<http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/0,1518,820251,00.html>

**Angela Merkel bei EU-Gipfel: Europa bedrängt die Sparkanzlerin (01.03.2012)**

<http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/0,1518,818700,00.html>

**Griechenland-Hilfen des IWF: Madame Lagarde ziert sich (21.02.2012)**

<http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/0,1518,816718,00.html>

© **SPIEGEL ONLINE 2012**

Alle Rechte vorbehalten

Vervielfältigung nur mit Genehmigung der SPIEGELnet GmbH